

## Pressemitteilung

Berlin, den 19. Mai 2022

### Gestiegene Energiepreise

#### **bdo fordert konsequente Ausgleichszusage vom Bund**

Im Rahmen der heutigen Abstimmung über den Entwurf der Ampel-Koalition zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes im Bundestag, hat der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmen (bdo) e.V. erneut vom Bund eine Ausgleichszusage wegen der gestiegenen Energiepreise gefordert.

Die notwendige Erhöhung der Regionalisierungsmittel sollte nicht nur die Einnahmeverluste durch das 9-Euro-Ticket vollständig und pünktlich ausgleichen, sondern auch den dringenden Ausgleich der gestiegenen Energiekosten sicherstellen, um die finanziell angeschlagenen kleineren und mittelständischen Busunternehmen wirtschaftlich nicht weiter zu gefährden.

bdo-Hauptgeschäftsführerin Christiane Leonard sagte dazu: „Der bdo begrüßt ausdrücklich die Entlastungen der Bürger durch 9-Euro-Ticket und Tankrabatt. Es kann aber nicht angehen, dass gerade die Unternehmen, die den Bürgern die vergünstigten Verkehrsleistungen erst ermöglichen, keine ausreichende Entlastung vom Bund erhalten. Die Steigerungen bei den Energiekosten summieren sich für die mittelständischen Busunternehmen zu signifikanten Beträgen auf. Ein 65 Cent höherer Dieselpreis bedeutet pro ÖPNV-Bus bei 35 Lt./100 km Verbrauch und einer Laufleistung von 7.500 km rund 1.700 Euro Mehrkosten im Monat. Für ein Unternehmen mit 20 Bussen werden daraus leicht über 34.000 Euro monatliche Mehrkosten. Das hält keiner lange durch!“

Der Bund muss seine bereits getroffenen Zusagen einhalten: Die **im Koalitionsvertrag festgelegte Erhöhung der Regionalisierungsmittel noch in diesem Jahr** und die **im Rahmen der Verkehrsministerkonferenz vereinbarte Beteiligung des Bundes an einem Ausgleich für die extrem gestiegenen Energiekosten**. Für den deutschen Busmittelstand ist die Anpassung des aktuellen Gesetzentwurfs zur Änderung des Regionalisierungsgesetzes um einen konsequenten Energiekostenausgleich existenziell.

„Nach zwei Jahren coronabedingter Liquiditätsengpässe und existenzgefährdender Defizite ist jetzt eine schnelle und nachhaltige Entlastung des Busmittelstands bei den gestiegenen Energiekosten durch die Politik gefordert, damit die Busunternehmen nach dem 9-Euro-Ticket mit voller Fahrt ihren Beitrag zur Erreichung der Klimaschutzziele und zum Gelingen der Verkehrswende erbringen können“, sagte Leonard im Vorfeld der Bundestagslesung.

++++

Der Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmen (bdo) e.V. ist der Spitzenverband der deutschen Busbranche und vertritt die Interessen von rund 3.000 privaten und mittelständischen Unternehmen aus den Bereichen Personennahverkehr, Bustouristik und Fernlinienverkehr gegenüber Politik und Öffentlichkeit.

**Kontakt:** Till Dreier, Referent Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit  
Tel.: 030 / 24089 300 | E-Mail: [Till.Dreier@bdo.org](mailto:Till.Dreier@bdo.org)

#### **Die EU-Datenschutzgrundverordnung: Hinweis zum Umgang mit Ihren Daten:**

Dem Bundesverband Deutscher Omnibusunternehmen (bdo) e.V. ist der Schutz Ihrer Daten ein besonderes Anliegen. Mit unseren Newslettern und Veranstaltungshinweisen informieren wir Sie über die Arbeit des Bundesverbandes Deutscher Omnibusunternehmen (bdo) e.V. und wichtige Themen des Busgewerbes. Gerne möchten wir Sie auch in Zukunft über unsere Aktivitäten auf dem Laufenden halten. Sofern Sie keine Informationen wie Newsletter und Veranstaltungshinweise mehr von uns erhalten möchten, können Sie uns dies selbstverständlich jederzeit ohne Angabe von Gründen per E-Mail an [info@bdo.org](mailto:info@bdo.org) oder auf dem Postweg an bdo e.V., Reinhardtstr. 25, 10117 Berlin mitteilen. Sie werden dann die Informationen nicht mehr von uns erhalten. Fragen zum Umgang des bdo e.V. mit Ihren Daten beantworten wir gerne unter [info@bdo.org](mailto:info@bdo.org).